

Der Umbruch in der DDR 1989/90 und die Wiedervereinigung	738
Zeittafel	738
1989	738
1990	739

Der Umbruch in der DDR 1989/90 und die Wiedervereinigung

Rohmanuskript

Zeittafel

1989

- 2. 5. Öffnung der Grenzsperrren zwischen Ungarn und Österreich
- 8. 7. Gallenkolik Honeckers, bis Oktober kein öffentliches Auftreten mehr
- August Massenflucht von DDR-Bürgern aus Ungarn
- 24. 8. Ausreise von 108 Botschaftsflüchtlingen mit Rot-Kreuz-Pässen aus Budapest nach Österreich
- 4. 9. Erste Demonstration in der Leipziger Nikolaikirche
- 11. 9. Öffnung der ungarischen Grenze
- 12. 9. Gründung der Oppositionsgruppe "Neues Forum"
- 18. 9. Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften bei Demonstr. in Leipzig; die "Montagsdemonstrationen" werden Tradition
- 21. 9. Ablehnung des "Neuen Forum" durch das DDR-Innenministerium
- 30. 9. Ausreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag
- 1. 10. Gründung des "Demokratischen Aufbruchs" in Ost-Berlin
- 4. 10. Erstes Auftreten Honeckers nach seiner Krankheit in der Öffentlichkeit
- 5. 10. Zweite Massenausreise von Botschaftsflüchtlingen aus Prag
- 6. 10. Ankunft Gorbatschows in Ost-Berlin
- 7. 10. 40. Jubiläum der Staatsgründung der DDR; offizielle Feiern werden von Gegendemonstrationen überschattet
- 9. 10. Erste Leipziger Montagsdemonstration ohne Eingreifen der Polizei
- 18. 10. Rücktritt Honeckers, Berufung von Egon Krenz als Nachfolger. Ankündigung einer "Wende" in der DDR
- 26. 10. Erstes Zusammentreffen von SED und Opposition
- 29. 10. Auf einer Demonstration in Ost-Berlin erstmals Forderung nach Abriß der Mauer
- 30. 10. Größte Montagsdemonstration in Leipzig: 200–300000 Teilnehmer
- 4. 11. Demonstration in Ost-Berlin: ca. 500000 Teilnehmer
Öffnung der tschechisch-bundesdeutschen Grenze für Bewohner der DDR
- 6. 11. Erster Entwurf für ein neues Reisegesetz der DDR
- 7. 11. Rücktritt der DDR-Regierung; Ablehnung des Entwurfes für das neue Reisegesetz durch Volkskammer-Ausschuß
- 8. 11. Rücktritt des SED-Politbüros

- 9. 11. Vollständige Öffnung der Grenze der DDR für Reisen ins Ausland
Fall der Mauer: Wiedervereinigungsfest in Berlin
- 12. 11. Mauerdurchbruch am Potsdamer Platz für neuen Grenzübergang
- 13. 11. Hans Modrow neuer Ministerpräsident der DDR
- 17. 11. Angebot Modrows an die Bundesregierung über eine "Vertragsgemeinschaft" zwischen beiden deutschen Staaten
- 20. 11. Transparente "*Deutschland, einig Vaterland*" bei der Leipziger Montagsdemonstration

- 28. 11. 10-Punkte-Plan Bundeskanzler Kohls zur Herstellung "*konföderativer Strukturen in Deutschland*"
- 1. 12. Streichung des Führungsanspruchs des SED aus der DDR-Verfassung
- 3. 12. Rücktritt von Egon Krenz sowie des Politbüros und des Zentralkomitees
- 5. 12. Ankündigung des visafreien Reiseverkehrs von West nach Ost für den 1. 1. 1990
- 7. 12. Beginn der Gespräche am "Runden Tisch", Vereinbarung freier Wahlen am 6. Mai 1990
- 9. 12. Wahl Gregor Gysis zum Parteivorsitzenden der SED
- 10. 12. Beginn der Auflösung des Amtes für nationale Sicherheit (früher Staatssicherheitsdienst – Stasi)
- 11. 12. Konferenz der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in Berlin
- 16. 12. Bekenntnis der Ost-CDU zur deutschen Einheit
- 17. 12. Umbenennung der SED in SED-PDS ("Partei des Demokratischen Sozialismus"), Bekenntnis zur Eigenstaatlichkeit der DDR
Konstituierung des "Demokratischen Aufbruch" als Partei, Forderung nach deutscher Einheit
- 19. 12. Treffen Bundeskanzler Kohls mit Ministerpräsident Modrow in Dresden
- 22. 12. Öffnung der Mauer am Brandenburger Tor

- 1990**
- 13. 2. Vereinbarung zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion
- 14. 2. Vereinbarung zur Einberufung einer "2+4-Konferenz"
- 18. 3. Freie Wahl zur Volkskammer der DDR
- 12. 4. Regierungsbildung unter Lothar de Maizière (CDU)
- 24. 4. Vereinbarung über Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion zum 2. 7.
- 5. 5. Beginn der "2+4-Gespräche" in Bonn
- 6. 5. Kommunalwahlen

- 21. 6. Verabschiedung des Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie einer Erklärung zur Endgültigkeit der polnischen Westgrenze durch Bundestag und Volkskammer
- 2. 7. Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
- 6. 7. Beginn der Verhandlungen über den Einigungsvertrag
- 22. 7. Bildung von fünf Ländern
- 3. 10. Inkrafttreten des Einigungsvertrages, Vollzug der Wiedervereinigung. Suspendierung der alliierten Rechte in Bezug auf Gesamtdeutschland
- 7. 10. Erste gesamtdeutsche Wahl zum Bundestag des wiedervereinigten Deutschland
- 14. 10. Landtagswahlen in den "fünf neuen" Bundesländern
- 14. 11. Grenzvertrag mit Polen
- 20. 11. Gipfelkonferenz der KSZE in Paris mit der Unterzeichnung des sog. "2+4-Vertrages"

Der Reformkurs des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow konnte in den übrigen Staaten des Ostblocks nicht ohne Auswirkungen bleiben. Seit langem bestehende und mit stalinistischen Machtmitteln nur mühsam unterdrückte Bestrebungen brachen sich in Polen und Ungarn Bahn. Stand die polnische Führung seit 1981 unter dem Eindruck einer starken, von der Gewerkschaft Solidarnosc vorgetragenen Reformbewegung, die nur mit Hilfe des Kriegsrechts im Bann gehalten werden konnte, so hatte sich Ungarn schon seit einiger Zeit auf den Bahnen eines vorsichtigen Reformkommunismus bewegt.

Am 2. Mai 1989 kündigte die ungarische Führung an, sie wolle den "Eisernen Vorhang" abbauen, d. h. die Grenzbefestigungen zu Österreich beseitigen. Das hatte bereits weitreichende Konsequenzen: Seit dem Mauerbau 1961 konnte die Absetzbewegung aus der DDR nur mit Gewalt unterdrückt werden, andererseits wollte die DDR-Führung seit Anfang der 80er Jahre verstärkt den innenpolitischen Druck durch Genehmigungen zur Übersiedlung in die Bundesrepublik ableiten. Da nun inoffizielle Schätzungen von mehreren hunderttausend Ausreiseanträgen in der DDR ausgingen, war abzusehen, daß eine Öffnung der ungarischen Grenze zum Westen ein Ventil darstellen könnte, eine Bresche im Damm, der bisher den Osten vom Westen trennte.

Mit der Öffnung der Grenze setzte bald der Strom von Flüchtlingen aus der DDR ein, die über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik kamen – am 10. August waren es bereits etwa 1600. Immer noch war der Grenzübertritt aber illegal und riskant. Infolgedessen flüchteten sich Hunderte von DDR-Bürgern in die bundesdeutschen Botschaften, zunächst in Budapest, dann in Prag und Warschau. Am 13. August mußte die Botschaft in Budapest wegen Überfüllung geschlossen werden, ebenso wie dann am 23. August die Prager Botschaft. Am 24. August erlaubte die ungarische Regierung – ohne Vereinbarung mit der DDR – 108 Botschaftsflüchtlingen die Ausreise mit Rot-Kreuz-Papieren.

Damit war den Ausreisewilligen in der DDR ein neues Signal gesetzt. Da die Kapazität der Botschaft schnell erschöpft war, richtete das ungarische Rote Kreuz Flüchtlingslager ein, die bald 6000 Menschen beherbergten. Am 11. September 0 Uhr öffneten sich die Schlagbäume nach Österreich für eine ungehinderte Ausreise. An diesem Tag verließen über 5000, bis zum 13. September 15000 DDR-Bürger Ungarn.

In der DDR selbst lähmte die Krankheit des Parteichefs Erich Honecker das gesamte politische Leben. Am 8. Juli bereits mußte Honecker das Gipfeltreffen der Warschauer Pakt-Staaten in Bukarest vorzeitig verlassen und sich am 21. August einer Gallenoperation unterziehen. Angesichts der offenbar gewordenen Führungslosigkeit der DDR steigerte sich die Unruhe im Land. In der Nikolaikirche in Leipzig kam es am 4. September schon zu einer ersten Demonstration im Anschluß an ein "Friedensgebet". Bei solchen Demonstrationen kam es im Lauf des Monats zu Zusammenstößen mit Polizei und Staatssicherheit. Am 12. September formierte sich die erste Oppositionsbewegung, das "Neue Forum", dem das DDR-Innenministerium die Anerkennung mit der Begründung verweigerte, es bestehe keine Notwendigkeit für eine solche Gruppe.

Da eine Einreise aus der DDR nach Ungarn nur mit Visum möglich war, flüchteten sich mehrere hundert Menschen in die bundesdeutschen Botschaften in Prag (wohin man ohne Visum reisen konnte) und Warschau. Da die Lage vor allem in der Prager Botschaft unerträglich wurde, mußte die DDR – besonders im Hinblick auf das bevorstehende Staatsjubiläum – einer "humanitären Lösung" zustimmen: Die Botschaftsflüchtlinge durften am 30. September in Sonderzügen über das Gebiet der DDR ausreisen.

Inzwischen war die Notwendigkeit von Reformen auch innerhalb der DDR-Führung erkannt worden, ohne daß jedoch klare Aussagen die Lage entspannt hätten. Parteichef Honecker, der kurz vor dem Jubiläumstag in die Öffentlichkeit zurückgekehrt war, lehnte Reformen rundweg ab: Reformen bei den Nachbarn müßten nicht automatisch einen Tapetenwechsel innerhalb der DDR nach sich ziehen, der Sozialismus in der DDR sei an sich schon eine große Reform, auf die das Land stolz sein könne. Am 5. Oktober wurde indessen eine zweite Sonderzug-Aktion aus Prag und Warschau notwendig, weil sich bereits wieder über 11000 Menschen in der Prager Botschaft und in ihrer Umgebung aufhielten.

Am 6. Oktober wurde der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow von der Bevölkerung in Ost-Berlin jubelnd begrüßt –von ihm erhoffte man sich ein klares Wort an die SED-Führung. Er hielt sich jedoch zurück und sagte nur den seither berühmt gewordenen Satz: *"Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben."* Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung liefen mit dem gewohnten Zeremoniell ab, sie waren aber bereits überschattet von Gegendemonstrationen, gegen die die Polizei zum Teil mit großer Brutalität vorging.

Als zwei Tage später, am 9. Oktober, in Leipzig etwa 70000 Menschen friedlich für demokratische Reformen und eine gesellschaftliche Umgestaltung demonstrierten, griffen Polizei und Betriebskampfgruppen nicht mehr ein. In den folgenden Tagen mehrten sich die Zeichen für eine zunehmende Kritik am Kurs Honeckers. Die "Montagsdemonstrationen" in Leipzig wurden eine feste Einrichtung, am 16. Oktober nahmen mehr als 120000, eine Woche später zwischen 150000 und 300000 Menschen daran

teil. Unter diesem Druck trat Honecker *"aus gesundheitlichen Gründen"* am 18. Oktober von allen seinen Ämtern zurück, sein Nachfolger wurde Egon Krenz, der bereits vorher als "Kronprinz" galt. Er kündigte eine *"Wende"* in der DDR an, da die SED *"die gesellschaftliche Entwicklung"* in der DDR *"nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlußfolgerungen gezogen"* habe.

Die versprochene "Wende" in der DDR blieb zunächst jedoch aus, es traten zwar namhafte Spitzenpolitiker von ihren Ämtern zurück, die Mehrheit aber bekannte sich öffentlich zu Reformen und galt bei der Bevölkerung von da an als "Wendehälse".

Mit Zustimmung der (neuen) DDR-Führung öffnete am 4. November auch die Tschechoslowakei ihre Grenzen für DDR-Bewohner, die kurz vorher eingeführte Visumpflicht für Reisen in die Tschechoslowakei wurde wieder aufgehoben. Auf der größten Demonstration in der Geschichte der DDR (wenn nicht ganz Deutschlands) kamen am selben Tag in Ost-Berlin eine halbe Million Menschen zusammen. Sie formulierten ihre Bereitschaft zum Aufbau eines neuen Systems in den Rufen *"Wir bleiben hier!"* und *"Wir sind das Volk!"*

Den entscheidenden ersten Durchbruch brachten die folgenden Tage: Am 7. November trat die Regierung der DDR unter Ministerpräsident Willi Stoph zurück, am folgenden Tag das gesamte Politbüro. Am 9. November schließlich wurde im Vorgriff auf ein neues Reisegesetz die vollständige Reisefreiheit – *"ohne Vorliegen von Voraussetzungen"* – verkündet. Am selben Abend strömten Zehntausende von Ost-Berlinern über die Sektorengrenze in den Westteil der Stadt – unklar ist, ob auf Grund eines Mißverständnisses bei den Grenztruppen oder einer Weisung aus der Parteizentrale. Die Mauer als Barriere war gefallen, Berlin befand sich im Wiedervereinigungstaumel. Die Perspektive einer Wiedervereinigung Deutschlands rückte in den Blickpunkt: Am nächsten Tag rief der SPD-Ehrevorsitzende Willy Brandt den Teilnehmern einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus zu: *"Wir sind jetzt in einer Situation, in der zusammenwächst, was zusammengehört."* Am 12. November schließlich wurde die Mauer in Berlin, die für 28 Jahre das Symbol der deutschen Teilung war, für einen ersten neuen Grenzübergang am Potsdamer Platz durchbrochen. Bis zum Mittag dieses Tages gaben die DDR-Behörden 4,3 Millionen Visa für Westreisen aus.

Mit der Öffnung der Mauer unternahm die DDR den ersten Schritt zur Demontage ihres eigenen Selbstverständnisses. Dieses hatte sie bisher aus der Abwehr imperialistischer Übergriffe bezogen, was auch als offizielle Begründung für den Bau der Mauer diente. Indem sie die Mauer öffnete und in der Folgezeit die Sperranlagen an der Grenze zur Bundesrepublik demontierte und den Sperrstreifen aufhob, gab sie zu, daß die "Schutzfunktion" nicht mehr notwendig sei. Der jetzt auf breiter Basis mögliche Kontakt mit der westdeutschen Bevölkerung konnte nur in der Richtung wirken, daß sich die Bedrohungsphrasen der DDR-Führung endgültig als hohl entpuppten. Als schließlich das Luxusleben der Parteispitze (Funktionärs-Getto Wandlitz) bekannt wurde, brach auch die "antifaschistische" Legitimation und die Identifikation mit den "Interessen der Werktätigen" zusammen.

Mit dem Zusammenbruch des antiimperialistischen und antifaschistischen Selbstverständnisses der offiziellen DDR schwand auch die Legitimation der Eigenstaatlichkeit. Sie war auf der Basis einer "friedlichen Nachkriegs-Entwicklung" und den "Realitäten Europas" konstruiert worden, ihr fiel zunehmend auch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation zum Opfer. Eine sozialistische Nation sollte statt dessen begründet werden. Als sich die Realität des Sozialismus nicht nur in der DDR, sondern auch in den übrigen Staaten Ostmitteleuropas als Irrweg der Entwicklung erwiesen hatte, blieb Polen und Ungarn noch die Betonung der nationalstaatlichen und der historischen Identität – für die DDR aber war diese Identität die deutsche, und die hatte in der Bundesrepublik um so mehr ihren Kristallisationspunkt, je mehr sich die Bewohner der DDR von ihrer eigenen Staatsführung verraten und belogen vorkamen. So war es nur logisch, daß auf den Leipziger Montagsdemonstrationen zunehmend der Ruf "*Deutschland, einig Vaterland*" erhoben wurde (eine Zeile aus der Nationalhymne der DDR "*Auferstanden aus Ruinen*" von J. R. Becher, deren Text eben wegen dieser Zeile nicht mehr gesungen worden war).

Trotz der Beteuerungen der neuen DDR-Führung, die deutsche Frage stehe "*nicht auf der Tagesordnung*", wurden zunehmend Überlegungen angestellt, wie die deutsche Wiedervereinigung zu organisieren sei. Die Westalliierten signalisierten ihre Zustimmung, und auch Gorbatschow lehnte nicht mehr grundsätzlich ab, verwies jedoch auf das Ergebnis geschichtlicher Prozesse, an deren Ende durchaus auch eine deutsche Einigung stehen könne. Die Vorstellungen der SED gingen dabei mehr in Richtung auf eine "*Vertragsgemeinschaft*" (Ministerpräsident Modrow am 17. 11.), während die Bevölkerung schnelle und konkrete Ergebnisse brauchte. Bundeskanzler Kohl legte am 28. 11. noch einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einigung (*zur Herstellung "konföderativer Strukturen in Deutschland"*) vor, mußte im Februar 1990 jedoch zugeben, daß die Geschwindigkeit des politischen Prozesses diese Überlegungen hinfällig gemacht habe.

Die Diskussion innerhalb der DDR wurde nach polnischem Vorbild an einem "Runden Tisch" institutionalisiert. Er erzwang allerdings keine ausreichend konkreten Reformen, daß die Übersiedlerwelle hätte zum Stillstand gebracht werden können. Immerhin zog er die ursprünglich für den 6. Mai angesetzten Volkskammerwahlen auf den 18. März vor. Schon die Vereinbarung aber, keine westlichen Wahlredner zum Wahlkampf hinzuzuziehen, zeigte den zunehmenden Autoritätsverlust des "Runden Tisches". Die SED versuchte im Gegenzug, ihre alten Machtpositionen beizubehalten, was sich an der Diskussion um den alten Staatssicherheitsdienst zeigte. Er war im November in ein Amt für nationale Sicherheit umgewandelt worden, sollte aber nach dem Willen der Reformkräfte ganz aufgelöst werden. Die SED dagegen beharrte auf der Notwendigkeit eines "Verfassungsschutzes". Im Gegensatz zum polnischen "Runden Tisch" fehlte diesem Gremium der revolutionäre Schwung, es erreichte nirgends eine umwälzende Neuerung und wurde weder in einer grundsätzlichen Demokratisierung der Strukturen noch in einer Reform der Wirtschaftspolitik aktiv.

Die SED versuchte zunächst, den Reformprozeß aufzufangen und sich selbst an die Spitze der Reformbewegung zu stellen. Aus diesem Grund lehnte der außerordentliche Parteitag im Dezember 1989 auch eine Selbstaflösung der Partei ab, wie sie die polnischen und die ungarischen Kommunisten vollzogen hatten. Lediglich der Name der Partei wurde

zunächst in SED-PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus, vom Volk schnell als "Praktisch das selbe" gelesen), später allein in PDS geändert. Auch das alte Zeichen, die beiden Hände, die das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten bei der (Zwangs)-Vereinigung 1946 symbolisierten, wurde gestrichen.

Durch den Druck der Öffentlichkeit innerhalb der DDR waren alle vorsichtigen Verlautbarungen über die Zukunft der beiden deutschen Staaten schon von Anfang an überholt. Weder die Idee von der "Vertragsgemeinschaft" (Ministerpräsident Modrow) noch der 10-Punkte-Plan Bundeskanzler Kohls konnten sich durchsetzen. Perspektiven bot allein das Wort des SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt am Abend des 9. November 1989: *"Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört!"* Vor allem der nicht abreißende Strom von Übersiedlern aus der DDR zwang beide Regierungen zu sofortigem Handeln. Die CDU der DDR bekannte sich dabei bereits auf ihrem Sonderparteitag Mitte Dezember 1989 zur "Einheit der deutschen Nation".

Die Bemühungen um die Wiedervereinigung wurden unterstützt durch die Äußerung des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, es sei Sache der Deutschen, über die Form ihres Zusammenlebens zu entscheiden. Daraufhin beschleunigte sich der Prozeß zur Wiedervereinigung weiter. Noch im Februar 1990 trat auf Vorschlag der Bundesregierung eine Expertenkommission zusammen, die die Einführung der DM als alleiniges Zahlungsmittel in der DDR vorbereiten sollte (Spruch der Demonstranten in der DDR: *"Kommt die DM nicht zu uns, kommen wir zu ihr!"*). Parallel dazu wurde in einer Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte und der beiden deutschen Staaten ("2+4") das Gremium gefunden, das die außenpolitischen Aspekte der deutschen Einheit klären sollte. Die Wiedervereinigung war damit als kurzfristig anzustuerndes Ziel formuliert und international akzeptiert.

Auf dieser Basis konnte die CDU in der letzten Runde des Wahlkampfes für die Volkskammerwahl am 18. 3. massiv mit der Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Wohlstand werben und gewann mit der von ihr geführten "Allianz für Deutschland" (CDU, DSU, Demokratischer Aufbruch) 48,2 % der Stimmen. Am 20. März wurde die Währungsunion für den Sommer, am 24. April für den 2. Juli angekündigt.

Nach der ersten Runde der "2+4"-Gespräche am 5. Mai peilte die Bundesregierung das Jahresende als Termin für die ersten gesamtdeutschen Wahlen an. Die Regierung der DDR stimmte am 2. Juli dem Termin 2. Dezember zu. Teil der Verhandlungen um den Einigungsvertrag war allerdings der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Bundestagswahl: Wurde die Wiedervereinigung vorher vollzogen, war die Bevölkerung der DDR ohne demokratisch legitimierte Regierung – wurde sie mit der Wahl vollzogen, verstrich wertvolle Zeit. Der Plan allerdings, die Bundestagswahl vor den frühestmöglichen Termin (2. 12.) vorzuziehen, scheiterte an verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Volkskammer beschloß endlich am 22. August den Beitritt zur Bundesrepublik zum 3. Oktober 1990 und stellte damit den in der Volkskammerwahl zum Ausdruck gekommenen Willen des Volkes über formale Bedenken.

Mit dem 3. Oktober 1990 hörte die DDR auf, als selbständiger Staat zu bestehen, und war fortan Teil der Bundesrepublik. Damit waren auch Überlegungen hinfällig, aus der Vereinigung der beiden Staaten einen neuen Staat (und eine neue Verfassung) zu konzipieren. Mit dem Beitritt war das gesamte System der Bundesrepublik auf die (jetzt ehemalige) DDR ausgedehnt, und es war Sache des Einigungsvertrages, die Modalitäten für die schrittweise Überleitung festzulegen. Zwei Tage vorher hatten die Alliierten ihre Vorbehaltsrechte bezüglich ganz Deutschlands suspendiert, so daß gleichzeitig mit der Wiedervereinigung die (vergrößerte) Bundesrepublik die volle Souveränität auch über Deutschland als Ganzes zurückerhielt. Damit konnte auch der Sonderstatus Berlins aufgehoben werden.

Die folgenden Jahre offenbarten einerseits den Grad, bis zu dem die DDR-Führung das Land und seine Industrie abgewirtschaftet hatte. Der industrielle Standard war im wesentlichen nur durch Raubbau an den menschlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Ressourcen zu halten gewesen. Auf der anderen Seite offenbarte sich aber auch die Goldgräbermentalität westdeutscher Firmen und Investoren, die sich auf die Konkursmasse der fünf neuen Bundesländer stürzten und den wirtschaftlichen Raubbau vor die Neuinvestition stellten.

Insgesamt gesehen war das Versprechen von Bundeskanzler Kohl vor der Volkskammerwahl vom 18. März 1990, innerhalb weniger Jahre den Wohlstand nach westlichen Maßstäben ins Land zu bringen, mit Sicherheit eine Aussage, die in der Form nie und nimmer glaubhaft sein konnte. Allein er zeigte damit das Gespür für das, was das Volk der DDR hören und auch glauben wollte.